



LiFo Oldenburg



@linkes-forum-oldenburg.de • Folgen

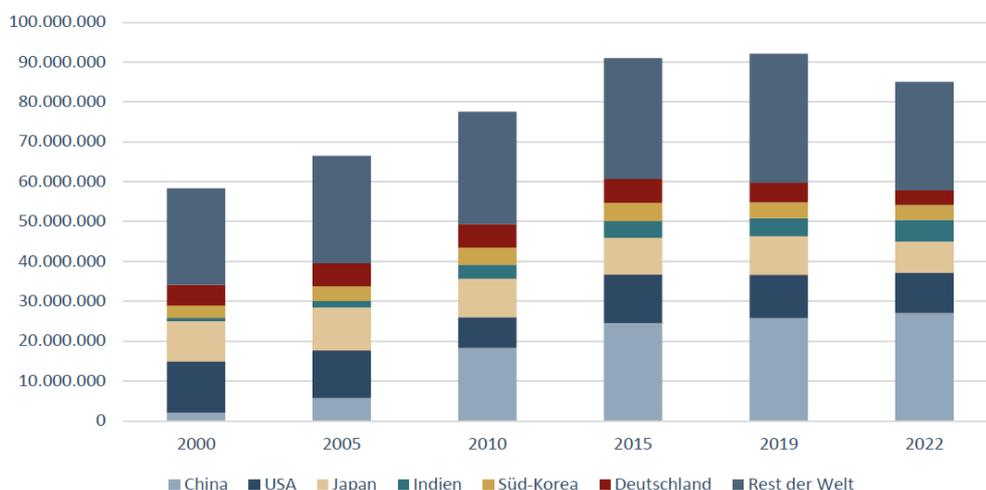
Die AfD möchte die deutsche Wirtschaft vor dem Niedergang retten

Fakt ist, die Industrie bricht ein. Woran liegt das?

- Export: Deutschlands Wachstum hängt stark am Export. Der gesamte Industriesektor plus Zulieferern ist in Bedrängnis geraten: die Stahlindustrie (Thyssen-Krupp), die Autoindustrie sowie die chemische Industrie. Das liegt zum großen Teil an globalen Veränderungen, nämlich den riesigen Investitionsprogrammen der USA und Chinas zum Aufbau der grünen Technologie. Der offensichtlichste Fall ist China. Die Regierung beantwortete Wirtschaftsblockaden mit beispiellosen Investitionen in den Ausbau der heimischen Industrie. China entwickelte sich von der billigen Werkbank und dem zentralen Absatzmarkt zum größten Konkurrenten der deutschen Wirtschaft. Insbesondere bei der Entwicklung des E-Autos, auf die der chinesische Markt umgestellt hat, wurde die deutsche Industrie abgehängt. Dabei sind Autos das wichtigste Exportgut (2023: 17,3% der Ausfuhr). Hauptabnehmer waren die USA und China. Das funktioniert nicht mehr (siehe <https://www.ifw-kiel.de/de/publikationen/aktuelles/deutsche-exporte-ausgebremst-china-ersetzt-made-in-germany/>).

Abbildung 3-1: Das Herz der Kraftfahrzeugindustrie schlägt in Asien

Anzahl produzierter Kraftfahrzeuge in den heute wichtigsten Herstellerländern



vgl. <https://www.iwkoeln.de/studien/thomas-puls-die-automobilindustrie-im-jahr-2024.html>

Auch beim Maschinenbau, dem zweitwichtigsten Exportgut und der eigentlichen Paradedisziplin Deutschlands, überholt China Deutschland. Nach Fuest, dem Präsidenten des Instituts für Wirtschaftsforschung (Ifo), befinden wir uns nicht nur in einer konjunkturellen Flaute, sondern in einem Strukturwandel: Auto- und Stahlindustrie könnten in Länder abwandern, die preisgünstiger produzieren können (SZ, 11.12.24, S.17).

Eine strukturelle Neuorientierung bedeutet, dass in Innovationen und Zukunftsindustrien investiert werden soll, die auch Arbeitsplätze schaffen: Digitalisierung, KI, Energiewende (z. B. Photovoltaik, Batterien) und Klimaschutz (z. B. Recycling).

- Teure Energie: infolge von Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine muss Energie zuweilen zu Höchstpreisen importiert werden.

- Brüchige Lieferketten: Als Folge der Pandemie, aber auch, um starke Abhängigkeiten von einzelnen Ländern zu verringern, kam es zu Problemen bei den Lieferketten. Dadurch verteuerte sich die Produktion. Den Zuschlag erhält nicht mehr der billigste Anbieter.
- Fachkräftemangel: Damit bleibt die Produktion unter ihren Möglichkeiten.

AfD-Wirtschaftspolitik

Je nach Parteiflügel ist das Konzept: marktradikal (Weidel) oder „völkisch antikapitalistisch“ (Höcke). Weder Marktgläubigkeit (ungeachtet permanenten Marktversagens) noch nationale Autarkie erscheinen zukunftsfähig. Bis jetzt ist das AfD-Programm marktradikal ausgerichtet.

„Durch marktwirtschaftlichen Wettbewerb ergeben sich die besten ökonomischen Ergebnisse. Gegebenenfalls erforderliche staatliche Eingriffe sind auf das notwendige Minimum zu begrenzen. Den Außenhandel will die AfD ebenso marktwirtschaftlich ausrichten wie die inländische Wirtschaftsordnung.“ (Programm der AfD, S. 67)

Das geht an der oben beschriebenen Realität einer weltweit staatlich betriebenen Industriepolitik total vorbei. Übrigens war es der von der AfD so bewunderte Trump, der bereits 2017 seine politische Aufgabe im MAGA (make america great again) sah. Eine Reaktion auf die Strukturkrise der deutschen Wirtschaft findet man bei der AfD nicht. Bekämpft werden soll die neoliberale Krise durch mehr Liberalismus: Entlastung der Wirtschaft durch Steuersenkungen, Abschaffung der CO₂-Bepreisung, Wegfall von Klimaschutzauflagen, Entbürokratisierung, "Aktivierende Grundsicherung" statt Bürgergeld, Deregulierung des Arbeitsmarktes, Senkung der Energiekosten. Die Axt soll an Sozialstandards und die Umwelt- und Klimapolitik gelegt werden. Weidel fordert für die Senkung der Energiekosten eine Rückkehr zur Kernkraft (Siehe dazu: <https://de.statista.com/infografik/27231/kosten-der-stromerzeugung-in-deutschland-nach-energietraeger/>, ebenso DIW Wochenbericht 10 / 2023). Die gesamtgesellschaftlichen Folgekosten bei Atomstrom sind so hoch wie bei keiner anderen Stromerzeugungsart:



Außerdem sollen die Laufzeiten von Kohlekraftwerken verlängert, für günstiges Erdgas will die AfD „die Nord-Stream-Leitungen reparieren und wieder in Betrieb nehmen“. Die Sanktionen gegen Russland seien aufzuheben. Es gebe keinen Grund, die Nutzung von Kohle, Erdgas und Erdöl zu beschränken. Eine solche Erklärung, gegen den seit langem bestehenden wissenschaftlichen Konsens des menschengemachten Klimawandels, kann nur als Interessenpolitik verstanden werden. Offenbar macht sich die AfD das Profitinteresse der fossilen Industrie zu eigen.

Kritischer Kommentar zum Modell „Exportweltmeister Deutschland“

Rein immanent gesehen, gibt es seit Jahren internationale und nationale Kritik am Wachstumsmodell Deutschlands, das auf Export des produzierenden Gewerbe setzt (Exportquote 2023: 47,9 % des BIP). Das funktionierte lange gut. Deutschlands Wettbewerbsfähigkeit war aber immer „Technologie-Schocks“ ausgesetzt. Inzwischen produzieren auch die emerging markets die entsprechenden Produkte selbst, und zwar billiger. Die Ablösung der Idee des freien Welthandels durch eine Politik der nationalen Sicherheit und Stärkung der heimischen Industrie trifft die exportorientierte deutsche Volkswirtschaft ebenfalls hart. Man darf aber nicht vergessen, dass die problematische

Begleiterscheinung der Exportorientierung systematischer Lohndruck ist. Neben gut bezahlten Arbeitsplätzen in den Exportindustrien wurde der Ausbau des Niedriglohnsektors forciert. In Krisenzeiten haben Betriebsräte und Gewerkschaften immer wieder Lohninbußen zum Erhalt der Arbeitsplätze akzeptieren müssen, wie jetzt bei VW. Die Einkommensungleichheit ist im Vergleich mit vielen westeuropäischen Ländern hoch.

Für eine wirkliche Neuorientierung, die den Herausforderungen der planetare Belastbarkeitsgrenzen Rechnung trägt, ist eine alternative Wirtschaftspolitik nötig. Es geht um eine lebenswerte Zukunft der Vielen durch andere Vergesellschaftungsformen, z. B. solidarisches Wirtschaften. Erforderlich ist eine Kehrtwende im Denken und Handeln. Kriterien für eine sozial-ökologische Wende sind soziale Gerechtigkeit, umfassende Daseinsvorsorge und Ausbau der sozialen Infrastrukturen und Sicherungssysteme.